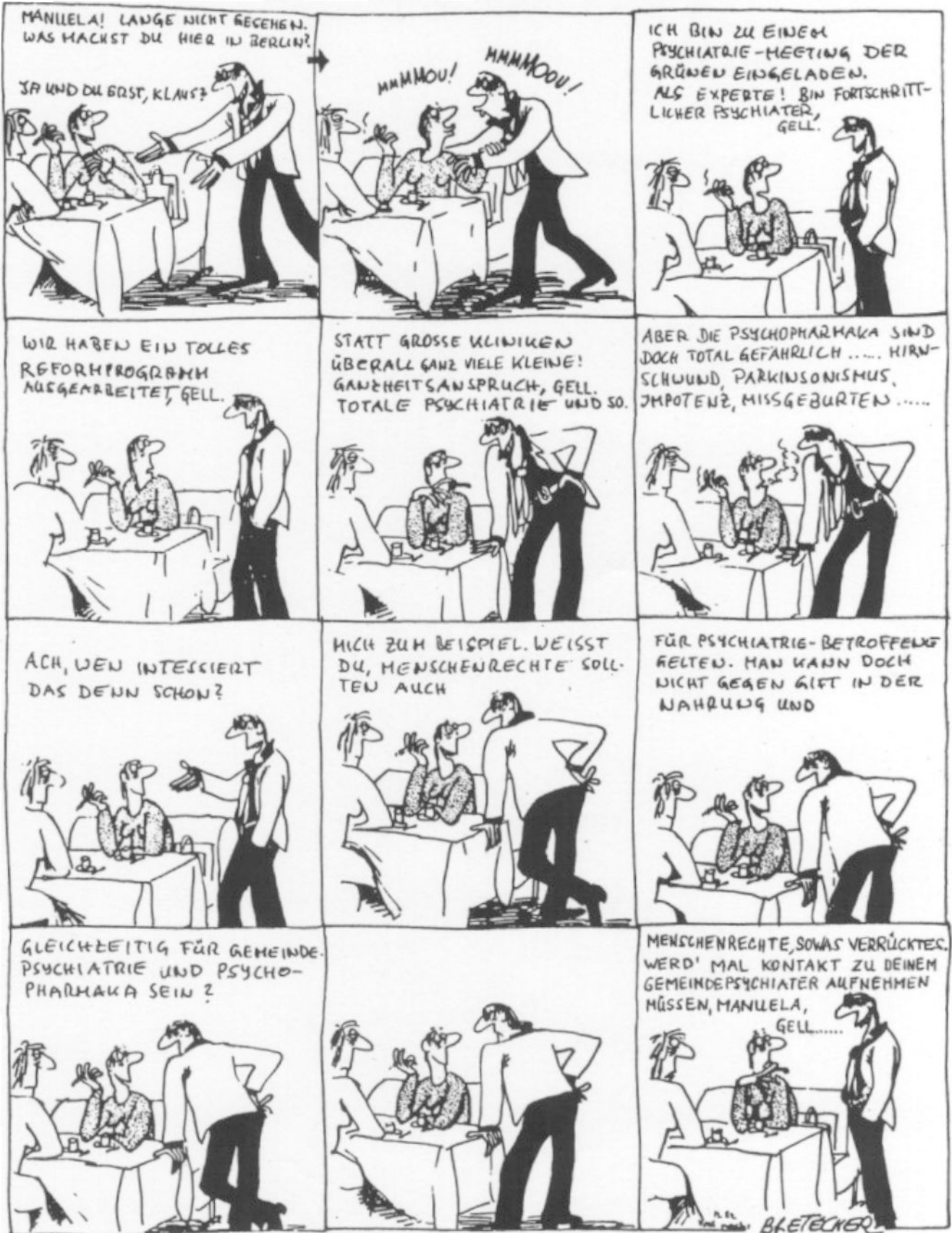


# »Fortschrittliche Psychiatrie« für Anfänger



# Grüne, Psychiatrie und Antipsychiatrie

## Ein grünes Armutzeugnis

Gerade eine Partei wie die Grünen, die sich auf breiter Front für Unterdrückte, Minderheiten, sozial Schwache usw. einsetzen will, muß sich besonders fragen lassen, was sie praktisch zur Durchsetzung der Interessen von Psychiatrie-Betroffenen unternimmt. Welche der vielen im Psychiatriebereich beteiligten Gruppen werden von den Grünen als Basis anerkannt? Gibt es einen Unterschied zwischen Grünen und Altparteien, was das Auseinanderklaffen zwischen (Wahl-) Aussagen und konkreter parlamentarischer Politik betrifft?

### 1. Grüne Ansprüche

Ökologisch, sozial, basisdemokratisch und gewaltfrei soll sie sein, die Politik der Grünen. 'Von unten' kämen zuvor totgeschwiegene Gruppen im Bundestag zu Wort, denn der Erfolg der Grünen basiere auf einem wachsenden Willen der Bürger/innen, ihr Leben selbst zu bestimmen — so steht es in der Präambel des Parteiprogramms der Grünen<sup>1</sup>. Während die Grünen zu Problemfeldern wie Atomenergie, Umweltvergiftung, Raketenstationierung usw. eine relativ klare Abwehrhaltung entwickelten, so sollte 1984 endlich auch für das Gebiet der Psychiatrie (mitsamt der von ihr ausgehenden Gefahren der Registrierung, der 'Therapie' mit Elektroschocks und Nervengiften ('Medikamenten'), der Internierung usw.) eine Meinung gefunden werden. Dazu veranstalteten die Bundesgrünen aus Bonn und die Alternative Liste Berlin Anfang Dezember in Berlin eine Tagung, wozu sowohl Vertreter der nationalen und internationalen Antipsychiatriebewegung wie auch der herrschenden Psychiatrie, speziell ihres sozialpsychiatrischen Flügels, geladen wurden. Trotz deren destruktiver Störversuche einigte man sich auf ein Kompromißpapier, das vor allem durch die Ablehnung der Kontaktbereichspsychiatrie ('Gemeindepsychiatrie'), durch die Forderung nach Menschenrechten für die Psychiatrie-Betroffenen und durch



die Forderung nach einem umfassenden Hilfsprogramm gekennzeichnet ist: Mindesteinkommen, Wohnraum, Kooperativen, selbstverwaltete Therapieeinrichtungen, Weglaufhäuser, Kommunikationszentren, nichtpsychiatrische Kriseninterventionszentren und Öffentlichkeitsarbeit über die Schädlichkeit von psychiatrischen Psychopharmaka und Verbot von Elektroschocks und Zwangsbehandlung sind nur einige Stichworte aus dem umfangreichen Forderungskatalog, zu dem zuletzt noch die verabredete Kritik des diffamierenden Begriffes der 'psychischen Krankheit' hinzuzufügen ist<sup>2</sup>. Wir wollen nun schauen, wie sich dieses Tagungsergebnis in der Praxis der Grünen niedergeschlagen hat. Um dieses Ergebnis besser einschätzen zu können, werfen wir aber vorher noch einen Blick auf die Reaktionen der psychiatrischen 'Fach'-Öffentlichkeit und ihrer Gefolgsleute.



Weit und breit keine konstruktive Kritik an der Psychiatrie in Sicht!



## 2. Grüne Gesichter

Psychiater aller Couleur sowie ihre Fans liefen Sturm, sobald das in Berlin beschlossene Thesenpapier öffentlich wurde. Von einer »unverantwortlichen Gefährdung des häufig hilflosen psychisch Kranken« sprach der »Bundesverband Deutscher Nervenärzte«. Felix Böcker klagte für die »Deutsche Gesellschaft für Psychiatrie und Nervenheilkunde«, daß »die wirklich psychisch Kranken, — würde man diesem Plane folgen — in ihrer Mehrzahl schutzlos den Bedrohungen durch die Erkrankung (Suicid, Verelendung) und den in der Regel überforderten Angehörigen zur Pflege überlassen werden müßten«; die Kritik der Sozialpsychiatrie sei »eine schamlose Diffamierung all derjenigen, welche sich tagtäglich unter schwierigen Bedingungen um das Wohl der ihnen anvertrauten Patienten bemühen.«<sup>4</sup> Erich Wulff, Psychiater, forderte laut TAZ eine Zurücknahme der Forderung nach einem Verbot von Elektroschocks, damit er und seine Kolleg(innen) ungestört weiterschocken können; auch die Infragestellung psychiatrischer Tätigkeit fand er ärgerlich<sup>5</sup>. Das »Deutsche Arzteblatt« schimpfte, daß das Wort »Patient« im grünen Kompromißpapier nur ein einziges Mal, das Wort »Kranke« sogar überhaupt nicht verwendet würde<sup>6</sup>.

Auch einige Psychiatrie-Mitläufer/innen nutzten ihre Stellung in den Medien, um die gefährdete Macht der Psychiater zu stützen. In der Kulturzeitschrift »Umbruch« verleugnete Anne Knapp das im Kompromißpapier geforderte umfassende soziale Hilfsprogramm für Psychiatriebetroffene und versuchte gleichzeitig, durch die Vertauschung der Begriffe der (geforderten) »Selbstbestimmung« durch den von der Wende-Regierung überstrapazierten Begriff »Selbstverantwortung« die Antipsychiatriepolitik als rechtslastig zu diffamieren<sup>7</sup>. Bei einem Treffen von Psychiatrie-Mitarbeiter(inne)n im Juni 1985 in Lübeck herrschte, so der »Lübecker Merkur« am

18.6.85, gar Entsetzen, Betroffenheit und Empörung: nicht über Elektroschocks, Freiheitsberaubung und Niederspritzen in Psychiatrischen Anstalten, sondern infolge deren Benennung als Irrenhäuser; mit dieser Begrifflichkeit, die von »einer Berliner Selbsthilfegruppe ehemals psychisch Kranker« stamme, werde das »faschistische Gedankengut dieses Pamphlets« offenbar<sup>8</sup>. Klaus Hartung, der in psychiatriekritischen Kreisen als DGSP-Hofberichterstatter bekannte TAZ-Journalist, fährt seit Jahren dieselbe Strategie: Die Irren-Offensive, von der offenbar in Lübeck die Rede war, wird als isolierte Sekte (krankhaft) Fehlgeleiteter dargestellt, und somit die Tatsache verheimlicht, daß sich in die Front der Gemeindepsychiatriegegner außer den Mitgliedern der internationalen Antipsychiatriebewegung längst auch verantwortungsbewußte Mediziner, Psychologen, ja sogar Psychiater eingereiht haben<sup>9</sup>. Kursbuch-Psychologe Karl Markus Michel ließ die Träger der psychiatriepolitischen Meinung, die er nicht teilt, gar zu einem »fundamentalistischen Fähnlein« schrumpfen, die von der »Heilsgewißheit ihres manichäischen (durch eine primitive Gut-und-Böse-Unterteilung der Welt charakterisierten, d.V.) Weltbildes« besessen seien; wenn Michel die geforderte Selbstbestimmung und Selbstverwaltung als von vornherein zum Scheitern verurteilt sieht, da in Selbsthilfe-Gemeinschaften »ideale Bedingungen für vielfältigen individuellen Terror geschaffen« würden<sup>10</sup>, hatte dieser »Fach«-Mann offenbar seine eigene Lebenspraxis, die selbstbestimmte und selbstverwaltete Verleger-Gemeinschaft des »Kursbuches« vor Augen. Mit allen anderen Kritiker(inne)n des Kompromißpapiers war sich Michel einig in der Tatsache, daß es weder eines ordentlichen Lesens des Kompromißpapiers, einer Auseinandersetzung mit den verschiedenen daran beteiligten Personen und Gruppen, noch einer Diskussion mit der immer wieder denunzierten Irren-Offensive bedarf: Von ihrer Intellektualität überzeugte Akademiker haben so etwas nicht nötig.

### 3. Psychiatrie in grün

Schauen wir uns an, wie sich das Kompromißpapier bei den Grünen auswirkte. Vermutlich von 1985 stammt die Broschüre »Gesundheitspolitische Vorstellungen der Grünen«, in der die Schließung großer und kleiner Anstalten, das Verbot von psychiatrischer Zwangsbehandlung, von Lobotomie und von Elektroschocks sowie das Bereitstellen nicht-psychiatrisch/medizinisch kontrollierter Hilfeeinrichtungen gefordert werden<sup>11</sup>. Doch in dem im September 1986 von der Bundesdelegiertenkonferenz in Nürnberg verabschiedeten »Umbauprogramm«, das als Katalog von Sofortmaßnahmen zu verstehen ist, lassen sich keine der zuvor genannten Forderungen mehr finden: Zwar wird unter dem Titel »Schritte zu sozialer Sicherheit und Gerechtigkeit« die Bedrohung der Gesundheit auch durch das bestehende Gesundheitssystem erwähnt; Psychiatrie aber taucht weder in diesem Kapitel noch sonstwo im Umbauprogramm auf, schon gar nicht Zwangsbehandlung, Nervengiftbehandlung, Elektroschock oder Lobotomie<sup>12</sup>.



Ein Mitglied der Irren-Offensive spricht.  
(nach: Daumier, »Zwischen Bewunderung und Kritik«)

Daß diese Enthaltung sogar noch einen positiven Kern in sich birgt, mag angesichts der massiven Menschenrechtsverletzungen durch normale psychiatrische Tätigkeit zynisch klingen, wird allerdings verständlich, wenn man den Rundbrief der DGSP (Deutschen Gesellschaft für Sozialpsychiatrie) vom September 1986 zur Hand nimmt und darin nachliest, daß die grüne Bundesarbeitsgemeinschaft »Soziales und Gesundheit« unter ihrem Anführer, dem grünen »Fach«-Referenten, DGSP-Mitglied und ehemaligem Anstaltswärter Michael Opielka nicht — gemäß Parteiansatz — die Betroffenen, sondern ausgerechnet DGSP-Mitglieder um neue psychiatriepolitische Vorgaben gebeten hat. Mit entblößender Offenheit ist in dem DGSP-Blatt nachzulesen, wie Psychiatrie-Inhalte auf grün getrimmt werden: »Vor gut einem Jahr fragte uns die Bundes-Arbeitsgemeinschaft »Soziales und Gesundheit« der Grünen, ob wir nicht in der Lage wären, unsere Vorstellungen über eine Reform des gesamten psychiatrischen/psychosozialen Bereiches auf maximal fünf Seiten für das Umbauprogramm der Grünen zu Papier zu bringen. Wir versuchten es. Uns wurden keinerlei Vorgaben oder »politisch wichtige«

Schlüsselwörter vorgegeben. (...) Unser Papier wurde von Mitarbeitern der Bundesarbeitsgemeinschaft »Soziales und Gesundheit« für die Bundesdelegiertenkonferenz der Grünen im Mai in Hannover in eine »grüne Sprache« übersetzt ...»<sup>13</sup> Wie weit der Diskussionsprozeß dieses DGSP-nahen Papiers inzwischen vorangeschritten ist, ist aufgrund des mangelnden Informationsflusses zwischen Parteivertreter(inne)n der Grünen und fortschrittlichen Betroffenen-Organisationen leider unbekannt. Daß die Verfasser weder ein Verbot psychiatrischer Zwangsbehandlung anstreben, daß sie für einen Ausbau der Gemeindepsychiatrie plädieren, daß sie niedergelassene Nervenärzte/Psychiater auch noch zur Mitarbeit an gemeindenahen psychosozialen Institutionen zwingen wollen, daß sie sogar offenherzig erklären: »Es ist keine psychiatrisch/psychosoziale Hilfe vorstellbar, die kontroll- und repressionsfrei ist«, hindert jedenfalls die Bundesgrünen nicht, eben diese Leute immer wieder als »Experten« zu allen möglichen Veranstaltungen einzuladen.

Schauen wir uns nun kurz zwei Grünen-Projekte an, die bereits beschlossen in veröffentlichter Form vorliegen, nämlich das baden-württembergische grüne Psychiatrieprogramm und den Entmündigungs-Gesetzentwurf der Bundesgrünen.

Während die bad.-württ. Grünen eine Diskussion über das Verbot zwangsweiser »Medikamenten-Behandlung« führen wollen, was sich auf den ersten Blick gut liest, ist die umfassende körperliche, geistige und psychische Schädigung (z. B. Mißgeburten, tardive Dyskinesie, Krebs, Herzschäden usw.<sup>14</sup>), die die in der Psychiatrie benutzten Nervengifte hervorrufen, kein nachdenkenswertes Thema. Stattdessen, so die altbekannte Sozialpsychiatrie-Forderung, soll das (mittlerweile zur Behinderung der expansionswütigen Kontaktbereichspsychiatrie führende) Behandlungsmonopol niedergelassener Nervenärzte/Psychiater aufgehoben werden, damit »medikamentöse Therapien« jetzt auch von dezentralen psychiatrischen Institutionen in der unmittelbaren Nachbarschaft im Wohnbereich vollzogen werden können<sup>15</sup>.

Anläßlich der Diskussion um einen neuen Entmündigungs-Gesetzentwurf<sup>16</sup>, den die Bundesgrünen vor dem Einbringen in den Bundestag verschiedenen Verbänden vorlegten, wurden (auf Druck einzelner basisorientierter Grüner) sogar Vertreter/innen von Psychiatrie-Überlebenden angehört. Die Stellungnahme, die die Irren-Offensive e.V. abzugeben Gelegenheit hatte, spricht dabei für sich:

*Irren-Offensive e.V.  
Gemeinnützige und autonome Organisation  
von Psychiatrie-Überlebenden  
Pallasstr. 12  
1000 Berlin 30  
12.10.1986*

**Stellungnahme innerhalb der Konferenz »Menschenrechte in Heim und Psychiatrie« am 13.10.86 in Bonn, und zwar zur grünen Psychiatrie-Politik und zum neuen Entmündigungs-Gesetzentwurf**

#### Thesen

1. Mit ihrer an den Interessen von Sozialpsychiatern orientierten Psychiatrie-Politik fallen die Grünen den organisierten, am Selbstbestimmungsrecht, an der Erhaltung der körperlichen Gesundheit und an Emanzipation orientierten Psychiatrie-Betroffenen in den Rücken.
  - a) Es zeigt sich eine völlige Diskrepanz zwischen den am 1./2. Dezember 1984 in Berlin unter Mitwirkung kompetenter Vertreter der nationalen und internationalen Antipsychiatriebewegung beschlossenen »Thesen zur Abschaffung und Überwindung der Psychiatrie« auf der einen Seite und dem in dem Entschließungsantrag der Grünen vom 12.12.85 enthaltenen Vorstellungen.
    - Fordert der 1984er Beschluß die Schließung der Irrenhäuser ohne Wenn und Aber, wollen 1985 die Grünen eine dezentrale Psychiatrie, konkret: An-

stalten mit verkleinerten Kapazitäten, Psychiatrische Sonderabteilungen in Krankenhäusern, Ausbau sozialpsychiatrischer Dienste, Krisenintervention, Zwangszusammenarbeit des gemeindepsychiatrischen Netzes mit Nervenzüchtern. Die Warnung vor einer Verdopplung der Psychiatrie wurde offenbar in den Wind gesprochen.

- Heißt es 1984 noch, daß es eine Gemeindepsychiatrie im Sinne der Psychiatrie-Enquête nicht geben dürfe, werden ein Jahr später die Betreiber der Verbindung von Anstalts- und Kontaktbereichspsychiatrie als fachlich kompetent hochstilisiert. Daß es sich bei diesen Menschen zum überwiegenden Teil um Lobotomie-Befürworter, Elektroschocker, Niederspritzer handelt, orientiert an Theorien, die während des Faschismus Hunderttausenden von Menschen das Leben gekostet haben, und ausgebildet von Männern, die die Psychiatrie der genannten Zeit zu verantworten haben, interessiert nun ebensowenig wie die parteipolitischen Hintermänner der Psychiatrie-Enquête: NPD-Mann Adolf von Thadden und CDU-Freunde.
- Statt einer Aufklärungskampagne gegen den herrschenden Normalitäts- und Krankheitsbegriff müssen wir uns wieder und wieder die diffamierende und verächtliche Verwendung der bekanntlich Gemeingefährlichkeit, Unberechenbarkeit und Behandlungsbedürftigkeit ausdrückenden Begrifflichkeit ‚psychisch krank‘ (im Entmündigungsgesetzantrag sogar ‚psychisch behindert‘) anhören.
- Sollen 1984 noch all die Gruppen unterstützt werden, die die Befreiung der psychiatrisch Internierten in Anstalten und Asylen erkämpfen wollen, wird heute keine einzige antipsychiatrische Gruppe, die 1984 beteiligt war, zu einer Aussage zur Psychiatriepolitik der Grünen gebeten, sondern mit Michael Wunder ein DGSP-Vertreter, der sich 1984 als engstirniger Gegner jeglicher antipsychiatrischer Tätigkeit hervortrat und deshalb schwer kritisiert wurde.

b) Dieselbe Diskrepanz wird bei einem Vergleich der 1984er- Thesen mit dem vorliegenden Entwurf für ein neues Entmündigungsgesetz deutlich. Wurde 1984 ein Verbot der Zwangsbehandlung an sich gefordert, geht



es im neuen Entwurf schon wieder um die »Zuführung zur ärztlichen Behandlung« — gegen den Willen der Betroffenen — durch den ‚Beistand‘. Alleine die Sprache des Entwurfes spricht Bände. Im weiteren verweisen wir auf die Ausführungen des unser Vertrauen genießenden Rechtsanwaltes Rolshoven (Berlin).

- c) Am zynischsten wird der Widerspruch zwischen Basisorientierung und psychiatriegenehmer Politik am Einladungsverfahren zu dieser Tagung. Ist mit Peter Lehmann (als Ersatz für Ernst Klee) gerade ein ehemaliger Betroffener eingeladen, der etwas Einleitendes (Garnierendes) zum Thema Menschenrechtsverletzungen in der Psychiatrie sagen darf, stehen — soweit bekannt — als ‚Experten‘ für die Politik der Grünen eben diejenigen Männer auf der Einladungsliste, die längst als Betreiber der kritisierten Menschenrechtsverletzungen sowie als deren Freunde bekannt sind: Herr Wunder, Drahtzieher der Total-Psychiatrie-Politik der GAL Hamburg (s. »Der chemische Knebel«, S. 365f.) Herr Dörner, Elektroschocklehrer, Neuroleptika-Niederspritzer Herr Hartung, DGSP-Freund und Feind der neuen antipsychiatrischen Bewegung Herr Nathow, DGSP-Vorstandsmitglied, Kontaktbereichspsychiatrie-Betreiber Herr Böcker, Vorstand der DGPN, einem Psychiaterverein, dessen Sitz im Vorstand nach 1945 nicht weniger als 4 ehemalige Gutachter der T4-Vernichtungsaktion innehatten.
- 2. Wollen sich die Grünen nicht dem Vorwurf aussetzen, neue ‚Befriedungsverbrecher‘ (Basaglia) in grünem Mäntelchen zu sein, so dürfen sich solche Zustände und Mißverhältnisse nicht mehr wiederholen.
  - a) Das Mißverhältnis muß eingestanden werden.
  - b) Der neue Entmündigungsgesetzantrag darf nicht weiterbetrieben werden.
  - c) Die Verflechtung von Grünen und Mitgliedern psychiatrischer Interessensverbände muß sofort offengelegt werden.
  - d) Es ist durch geeignete Maßnahmen sicherzustellen, daß sich solche undemokratischen Verhältnisse ausgerechnet in einer Partei wie den Grünen mit ihrem basisdemokratischen Ansatz nicht mehr wiederholen.

Auch Hubertus Rolshoven (Berlin), ein bekannter und hartnäckiger Rechtsanwalt für Arzthaftungsprozesse und Psychiatrie-Angelegenheiten, wandte sich entschieden gegen den grünen Gesetzentwurf, da durch ihn Psychiatrie-Betroffene und -Gefährdete vor psychiatrischer Willkür nicht geschützt, sondern erst recht ausgesetzt werden: »Sorgerechtsausübung greift in die Person ein. Der Eingriff in Körper und Gesundheit — Wirkungskreis der sogenannten ‚Heil‘ -Behandlung — ist für den Psychiatriebetroffenen der schrecklichste und fürchterlichste.«<sup>17</sup> Fazit der Anhörung war nun, daß im Januar 1987 von den Bundesgrünen eine angeblich überarbeitete Fassung des Entmündigungsgesetzentwurfes vorgelegt wurde: Nicht eine einzige Textstelle, die bei der Anhörung von seiten der Betroffenen kritisiert wurde, war im Sinne einer verbesserten Rechtsstellung der Psychiatrie-Betroffenen geändert worden!<sup>18</sup>

#### 4. Macht in Grün

Bei einem Gesundheitspolitischen Kongreß der Grünen in Frankfurt/Main im November 1986, bei dem sich die Grünen nicht entblödeten, den Elektroschock- und Zwangsbehandlungsbefürworter Erich Wulff (Psychiater) als ‚Experten‘ einzuladen, wurde vom bereits erwähnten Michael Opielka die bezeichnende Frage in den Raum gestellt, die das Ausmaß der Mißachtung von Psychiatrie-Betroffenen deutlich werden läßt: »Welche Grundrechte von Patienten und Angehörigen müssen garantiert werden?«<sup>19</sup> Anhand allein dieser Frage wird die grüne Bereitschaft deutlich, Macht zuzulassen und



auszuüben: Es geht hier nicht mehr um die Bereitschaft, verfassungsmäßige Grundrechte wie Recht auf körperliche Unversehrtheit, Selbstbestimmungsrecht, Unverletzbarkeit der menschlichen Würde und freie Entfaltung der Persönlichkeit (wie auch alle anderen Grundrechte) zu verteidigen oder durchzusetzen; allein die Diskussion über das Außerkraftsetzen von Menschenrechten beinhaltet die Meinung, daß diese Rechte gebrochen werden dürfen — ein schwerer Schlag gegen diejenigen Menschen und Gruppen, die sich im Bereich demokratischer Grundrechte engagieren ... und ein schwerer Schlag gegen die Glaubwürdigkeit der Partei der Grünen.

Gilles Deleuze, Philosoph, stellte in einem 1977 veröffentlichten Buch bei der Diskussion der Rolle von Intellektuellen (zu denen auch und insbesondere die grünen Parteimitglieder/innen zu rechnen sind) in Reformkämpfen folgende Alternative für die Bewertung von Reformen auf: »Entweder ist die Reform von Leuten erarbeitet, die sich für repräsentativ halten und die sich einen Beruf daraus machen, für die anderen, im Namen der anderen zu sprechen, so ist das ganze ein Unternehmen der Machthaber, in dem die Repression nur ausgeweitet wird. Oder es handelt sich um eine Reform, die von den Betroffenen selbst verlangt wird, dann ist es keine Reform mehr, sondern eine revolutionäre Aktion, die aufgrund ihres partiellen Charakters dazu bestimmt ist, die Totalität der Macht und ihrer Hierarchie in Frage zu stellen.« Und weiter stellt er die Frage: »Wie kommt es, daß Leute, deren Interesse eigentlich nicht darin liegt, der Macht zu folgen, sich eng mit ihr verbinden und um ihre Brosamen betteln?«<sup>20</sup> Diese immer wieder aktuellen Fragen müssen die Grünen auf sich beziehen; kommt nicht bald eine befriedigende Antwort in Form der Orientierung von grünen Parteiaussagen an den Forderungen emanzipationsorientierter Betroffener und Betroffenen-Organisationen im Antipsychiatrie-Bereich, so müssen sie — die Grünen — sich über kurz oder lang den Altparteien zuordnen lassen, landen ihre Programme beim Altpapier. Dann haben die Grünen durch ein Zerstören von Hoffnungen auf eine Veränderung bestehender menschenverachtender Machtstrukturen zu deren Zementierung beigetragen.

Aber die meisten Betroffenen fühlen sich sowieso nicht von den Grünen vertreten. Denkbar wäre jedoch, daß sie endlich an die Grünen herantreten, wichtige Posten besetzen und so den ankommenden Sozialpsychiatern einen Tritt in den Arsch versetzen. Jemand anderes als wir — die Betroffenen — macht das eh nicht ... auch nicht bei den ach so fortschrittlichen Grünen.

#### Literaturverzeichnis

1. Die Grünen: »Bundestagswahl 1987. Programm — Farbe bekennen«, Bonn 1986/87, S. 5
2. »Thesen zur Abschaffung und Überwindung der Psychiatrie. Beschlossen von der Bundesarbeitsgemeinschaft Soziales und Gesundheit der Grünen am 1./2. Dezember 1984«, in: Demokratisches Gesundheitswesen, 1985, Nr. 4
3. Bundesverband Deutscher Nervenärzte e.V. — Der 1. Vorsitzende: Stellungnahme vom 3.2.1986
4. Deutsche Gesellschaft für Psychiatrie und Nervenheilkunde — Der Präsident: Brief an die Damen und Herren Fraktionssprecher Die Grünen im Bundestag vom 4.7.1985
5. Tolmeir, Oliver: »Irrenhäuser gehören abgeschafft«, in: Tageszeitung vom 21.8.1986
6. »Kranke sind Nebensache (?)« in: Deutsches Ärzteblatt, 82. Jg. (1985), Nr. 17, S. 1213
7. Knapp, Anne: »Widersprüchliches zur Psychiatrie. Grüne Vorstellungen«, in: Umbruch, 4. Jg. (1985), Nr. 1, S. 48-49
8. Zurlino, Nina: »Psycho-Soziale AG diskutierte Thesenpapier der Grünen: »Faschistisches Gedankengut«. Provokativ formulierte Gesprächsgrundlage — Widerstand gegen Reformvorschläge«, in: Lübecker Merkur vom 18.6.1985
9. Hartung, Klaus: »Antipsychiatrie oder andere Psychiatrie — Grüne und Psychiatriepolitik«, in: Tageszeitung vom 4.12.1984
10. Michel, Karl Markus: »Irre grün«, in: Kursbuch 82 (1985), S. 196-199
11. Die Grünen: »Gesundheitspolitische Vorstellungen der Grünen«, Hrsg.: Bundesvorstand der Grünen, Bonn 1985/86, S. 23
12. Die Grünen: »Umbau der Industriegesellschaft. Schritte zur Überwindung von Erwerbslosigkeit, Armut und Umweltzerstörung«, Bonn 1986/87, S. 84-87
13. Cramer, Manfred / Keupp, Heinrich / Röhrle, B. / Stark, W.: »Psychiatrischer und psychosozialer Umbau«, in: DGSP-Rundbrief Nr. 34 (Sept. 1986), S. 42-45; Zitate: S. 42
14. Lehmann, Peter: »Der chemische Knebel — Warum Psychiater Neuroleptika verabreichen. Mit über 150 Abbildungen und wertvollen Tips zum Absetzen«, Berlin: Antipsychiatrieverlag 1986, S. 104ff.
15. Die Grünen im Landtag von Baden-Württemberg: »Thesen zur Reform des gegenwärtigen Systems der psychiatrischen und psychosozialen Versorgung«, Stuttgart 1986, S. 7 u. 12
16. Fraktion Die Grünen: »Entwurf eines Gesetzes über die Beistandschaft für behinderte Personen«, Manuskript, Fassung vom Oktober 1986
17. Rolshoven, Hubertus: Thesen zur Konferenz »Menschenrechte in Heim und Psychiatrie« der Grünen im Bundestag in Bonn am 13.10.86, Manuskript, S. 1f.
18. Deutscher Bundestag, 10. Wahlperiode: »Gesetzentwurf (neueste Fassung) der Fraktion Die Grünen«, Drucksache, Bonn 1986/87
19. »Gesundsein 1986?« Gesundheitspolitischer Kongreß der Grünen am 14./15. November 1986 in Frankfurt/Main, Erläuterungen zu den Arbeitsgruppen, Bonn 1986, S. 2
20. »Die Intellektuellen und die Macht — Ein Gespräch zwischen Michel Foucault und Gilles Deleuze«, in: Gilles Deleuze / Michel Foucault, »Der Faden ist gerissen«, Berlin 1977, S. 86-100; Zitat 1: S. 90, Zitat 2: S. 97

Peter Lehmann  
Tina Stöckle  
Annette Heselhaus  
Ludger Bruckmann  
Fritz Hasper

# VERTREIBUNG VERHINDERN

## VERTREIBUNGEN

— bedeuten Elend und Heimatlosigkeit für derzeit 20 Millionen Menschen, davon nur etwa 11,5 Millionen registriert und »betreut«  
— treffen vorwiegend ethnische, rassische oder religiöse Minderheiten in der »Dritten Welt«



## BEDROHT UND VERTRIEBEN

— Kurden, Äthiopier, Assyrer, Stammesvölker in Indien und Bangladesch, Indianer in beiden Kontinenten  
— von Bürgerkrieg und Völkermord, von Rassenwahn, Habgier und Landraub  
— von ökologischem Raubbau, von Entwicklungsprojekten und falsch verstandenem Fortschritt



## HELFEN SIE UNS MIT IHRER SPENDE

— die Weltöffentlichkeit aufmerksam zu machen auf diese Menschenrechtsverletzungen  
— gegen diese Vertreibungen zu protestieren

## GESELLSCHAFT FÜR BEDROHTE VÖLKER

Gemeinnütziger Verein

Postfach 2024  
3400 Göttingen  
Tel. 0551/55822-3

Spendenkonto:  
Post giro Hamburg  
935-200 BLZ 20070020